

Die NEOS Bezirksrät:innen

Julia Deutsch
Alexander Paul
Monika Payreder-Vogl
Hakan Can

An das
Bezirksamt Neubau
z.Hd. Herrn Bezirksvorsteher Markus Reiter

Antrag betreffend Erweiterung der Öffnungszeiten des Neubaumarktes

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26. März 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA59 - Marktamt, werden ersucht die Öffnungszeiten zu verlängern, sodass der Neubaumarkt bereits um 09:00 Uhr starten kann. Die Endzeit soll von dieser Änderung unberührt bleiben.

Begründung:

Der Neubaumarkt erfreut sich seit seiner Eröffnung großer Beliebtheit bei der Bevölkerung. Gespräche mit Wirtschaftskammer und Standler:innen haben ergeben, dass sich die bestehenden sowie potenzielle zukünftige Standler:innen eine frühere Beginnzeit des Marktes wünschen, um früher aufsperrern zu können.

Auch die Bezirksbewohner:innen würden von einem breiteren Angebot und einer längeren Einkaufsmöglichkeit am Neubaumarkt profitieren. Eine Verlängerung des Marktes am Vormittag ist daher ein wichtiger weiterer Schritt, um ein größeres Angebot und eine größere Diversität am Markt anbieten zu können.

Wien, am 19.3.2026



Schutz von Wohnraum vor Zweckentfremdung durch Apartmenthotels

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, geeignete legislative und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen (insbesondere etwa durch eine Novellierung der Wiener Bauordnung, die Ausweitung von Wohnzonen sowie eine Überarbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen), um die Zweckentfremdung von Wohnraum durch sogenannte Apartmenthotels, insbesondere in ausgewiesenen Wohnzonen, wirksam zur Gänze zu unterbinden und dementsprechende Regulierungen zu schaffen.

Dabei soll insbesondere sichergestellt werden, dass Wohnnutzungen, unter Umgehung bestehender Regelungen, nicht für Beherbergungszwecke genehmigt oder betrieben werden können.

Begründung

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und eine zentrale Voraussetzung für soziale Sicherheit, Stabilität und Lebensqualität. Gerade in einem dicht bebauten Bezirk wie Neubau ist leistbarer Wohnraum knapp und muss daher besonders geschützt werden. Aktuell zeigt sich jedoch, dass neue Formen der touristischen Nutzung – insbesondere sogenannte Apartmenthotels – zunehmend zu einer Gefährdung dieses Wohnraums führen.

Apartmenthotels sind Beherbergungsbetriebe, die aus einzelnen, wohnungsähnlichen Einheiten bestehen und typischerweise für kurz- bis mittelfristige Aufenthalte vermietet werden. Sie verbinden Elemente

klassischer Wohnungen mit hotelähnlichen Dienstleistungen oder Strukturen. Problematisch ist dabei insbesondere, dass diese Nutzungsform häufig in einer rechtlichen Grauzone liegt: Sie fallen oftmals weder eindeutig unter die Regelungen für klassische Hotels noch unter jene für kurzfristige Vermietungen wie etwa über Plattformen wie Airbnb. Dadurch können bestehende Schutzbestimmungen für Wohnraum umgangen werden.

Wie bereits auf Landesebene thematisiert wurde, zeigt sich ein deutlicher Trend zur Umwandlung von Wohnraum in Beherbergungsstätten, da diese für Eigentümer:innen häufig deutlich höhere Renditen versprechen. Diese Entwicklung betrifft insbesondere Altbauten und bestehende Wohnungen und führt langfristig zu einer Verknappung des verfügbaren Wohnraums.

Gerade in Wohnzonen, die laut Wiener Bauordnung dem Schutz des Wohnungsbestandes dienen, widerspricht diese Entwicklung dem Ziel, ausreichend leistbaren Wohnraum für die Wiener Bevölkerung zu sichern. Bestehende Ausnahmeregelungen und unklare Abgrenzungen zwischen Wohn- und Beherbergungsnutzung tragen dazu bei, dass dieser Schutz unterlaufen wird.

Darüber hinaus führen Apartmenthotels häufig zu einer erhöhten Fluktuation im Haus, zu Konflikten mit bestehender Wohnnutzung sowie zu einer Veränderung der sozialen Struktur im Grätzl.

Um den Schutz von Wohnraum im Bezirk Neubau nachhaltig sicherzustellen und leistbares Wohnen zu gewährleisten, ist es daher notwendig, diese neuen Formen der gewerblichen Nutzung klar zu definieren, streng zu regulieren und in Wohnzonen zur Gänze auszuschließen. Zudem ist die Umwidmung von Wohnraum für Beherbergungszwecke insgesamt möglichst einzuschränken.



Ausstellungsflächen im Bezirksamt Neubau zur Repräsentation der Geschichte, Leistungen und Lebensrealitäten von Frauen mit besonderem Bezug zum Bezirk Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ, ÖVP und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung Neubau ersucht zu prüfen, inwieweit im Amtshaus des 7. Bezirks und in den Räumlichkeiten der Bezirksvorstehung geeignete Ausstellungsflächen zur Verfügung gestellt bzw. adaptiert werden können, um im Rahmen einer Ausstellung die Geschichte, Leistungen und Lebensrealitäten von Frauen mit besonderem Bezug zum Bezirk Neubau sichtbar zu machen. Die Kuratierung dieser Ausstellung soll in der Kulturkommission vorberaten werden.

Diese Ausstellungsflächen sollen der Dokumentation, Forschung und Vermittlung dienen und sich inhaltlich insbesondere mit Frauen aus Neubau befassen. Ergänzend können internationale Perspektiven einbezogen werden, um historische Entwicklungen einzuordnen sowie aktuelle Fragen der Gleichstellung, gesellschaftlichen Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu thematisieren.

Begründung

Frauen haben auch im Bezirk Neubau das kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben maßgeblich geprägt. Dennoch sind ihre Leistungen oftmals weniger sichtbar, als es ihrem tatsächlichen Beitrag entspricht. Eine Präsentationsfläche im Amtshaus würde dazu beitragen, diese

Verdienste angemessen zu würdigen und das historische Bewusstsein im Bezirk nachhaltig zu stärken.

Darüber hinaus kommt einer solchen Ausstellung eine wesentliche Bildungsfunktion zu. Als niederschwelliger Ort der Information und Vermittlung kann sie insbesondere Schulen, Vereinen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zur Geschichte bedeutender Frauen aus Neubau eröffnen und zur Auseinandersetzung mit Fragen der Gleichstellung und gesellschaftlichen Verantwortung anregen.

Der Bezirk Neubau steht traditionell für kulturelle Vielfalt, Innovationskraft und zivilgesellschaftliches Engagement. Bereits bestehende Benennungen von Plätzen und Parkanlagen nach bedeutenden Frauen stellen wichtige Zeichen der Anerkennung dar. Eine dauerhafte bzw. regelmäßig kuratierte Ausstellungsfläche im Amtshaus kann diese bestehenden Würdigungen sinnvoll ergänzen und vertiefen.

Nicht zuletzt würde eine derartige Initiative das Profil des Bezirks als kultur- und bildungsorientierten Standort weiter stärken und ein klares Zeichen für Wertschätzung, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen.



Barrierefreie Ersatz- und Ausweichrouten während der Gleisbauarbeiten in der Lerchenfelder Straße (Linie 46)

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die relevanten Magistratsabteilungen, sowie die Wiener Linien werden ersucht zu prüfen und sicherzustellen, dass für mobilitätseingeschränkte Personen während der Dauer der Gleisbauarbeiten in der Lerchenfelder Straße (März bis Juli 2026) eine geeignete, barrierefreie Ersatz- bzw. Ausweichroute im öffentlichen Verkehr eingerichtet bzw. klar ausgewiesen wird.

Begründung

Im Zuge der Gleissanierung auf der Lerchenfelder Straße (10. März bis 19. Juli 2026) wird die Straßenbahnlinie 46 von 15. März bis voraussichtlich 10. Juli eingestellt. Damit entfällt eine zentrale Ost-West-Verbindung für den 7. Bezirk und zahlreiche Pendler:innen.

Die vorgesehenen Ausweichrouten über andere Linien (insbesondere 2 und 48A) sind jedoch für mobilitätseingeschränkte Personen, ältere Menschen oder Personen mit Kinderwagen oft mit zusätzlichen Hürden verbunden – etwa durch längere Wege, fehlende Barrierefreiheit oder unklare Information. Gerade im dicht bebauten innerstädtischen Bereich ist es daher wesentlich, während der Bauphase möglichst direkte und barrierearme Ersatzverbindungen sicherzustellen.

Die zuständigen Stellen werden ersucht, eine barrierefreie bzw. mobilitätsfreundliche Ersatzverbindung für die Linie 46 zu prüfen und umzusetzen, die Erreichbarkeit der Ersatzlinien für

mobilitätseingeschränkte Personen sicherzustellen, für klare, verständliche und barrierefreie Information vor Ort und digital zu sorgen, sowie bei Bedarf zusätzliche temporäre Maßnahmen zu setzen.

Ziel ist es, die selbstständige und sichere Nutzung des öffentlichen Verkehrs für alle Bevölkerungsgruppen auch während der Bauphase zu gewährleisten. Die Gleissanierung ist eine wichtige Investition, darf jedoch nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen führen. Durch gezielte Planung und klare Kommunikation kann die Mobilität aller weiterhin bestmöglich sichergestellt werden.



Wohnzone aktualisieren für alle in der öffentlichen Hand befindlichen Gebäude

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der GRÜNE, SPÖ und KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 gemäß § 104 WStv. folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden aufgefordert bei ehemaligen und aktuellen öffentlichen Gebäuden zu prüfen, ob diese im Flächenwidmungsplan als Wohnzone gewidmet sind. Sollten diese nicht als Wohnzone gewidmet sein werden die zuständigen Stellen ersucht die Gebäude darauf umzuwidmen.

Begründung

Die Widmungskategorie „Wohnzone“ ist ein wichtiges Instrument bei der Regulation von Kurzzeitvermietungen und Wohnraumsicherung. Die letzten Jahre sind die Mieten stark gestiegen und leistbarer Wohnraum insbesondere durch Kurzzeitvermietungen in Wien Neubau knapp geworden.

Das Beispiel des früheren Postamts des 7. Bezirks in der Mondscheingasse mahnt uns, wenn eine auf kurzfristigen Profit getriebene Privatisierung eines öffentlichen Gebäudes erfolgt. Dieses Gebäude wurde nicht als Wohnzone gewidmet und entgegen den Interessen des 7. Bezirks unter Blau-Schwarz I verkauft. Es hat in den letzten Jahren mehrfach den Besitzer gewechselt hat, zuletzt ist die Betreibergesellschaft in Insolvenz geraten. Das ehemals öffentliche Objekt war daher rund 20 (!) Jahren nicht nutzbar, mit dem Ergebnis, dass nun ausschließlich Luxusapartments entstanden sind.

Ehemals öffentlich genutzte Gebäude müssen daher in Zukunft ausschließlich für leistbare Wohnungen genutzt werden, so wie das die

Stadt Wien und der 7. Bezirk im ehemaligen Sophienspital geschafft haben.

KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26.3.2026** folgenden

Antrag

Außerbetriebnahme der Verkehrslichtsignalanlage in der Neustiftgasse im Bereich zwischen den Häusern ON 16 und ON 23

Die zuständigen MA-Dienststellen werden dazu aufgefordert, die Deaktivierung der Verkehrslichtsignalanlage in der Neustiftgasse im Bereich zwischen den Häusern ON16 und ON23 spätestens ab Bauende der Bauleistungen im Bereich des derzeit vorhandenen Bauschachtes (U-Bahn-Bau) vor dem Haus Neustiftgasse 30 zu veranlassen.

Begründung

Die gegenständliche Verkehrssignalanlage bewirkt – im Gegensatz zu den anderen in der Neustiftgasse aufgestellten Verkehrssignalanlagen – ein deutlich erhöhtes Stauaufkommen auf beiden Fahrspuren zwischen ihrem Standort und dem Beginn der Neustiftgasse im Bereich des Volkstheaters. Das Schalten von Grün- und Rotphasen dieser Anlage ist nicht mit den benachbarten Anlagen abgestimmt. Für das Queren der Neustiftgasse besteht wenige Meter westwärts bereits eine verkehrssignalgeregelte Kreuzung Neustiftgasse / Kirchengasse / Kellermannngasse. Zum anderen befinden sich im Bereich des Standortes der Verkehrssignalanlage bei den Häusern Neustiftgasse ON16 und ON23 keine Gebäude, die einen stärkeren Fußgeherverkehr quer zur Neustiftgasse hervorrufen würden wie Universität, Schule, Amtsgebäude etc.

Das erhöhte Stauaufkommen in diesem Bereich der Neustiftgasse bewirkt einen höheren Lärmpegel, mehr Abgasemissionen (durch ständiges Beschleunigen, Bremsen und Halten der Kfz). Im Weiteren wird auch der Verkehrsfluss der Linie 48A, die durch eine eigene Busspur beschleunigt werden sollte, durch Rotphasen der Ampel sowie auch der Taxiverkehr gebremst und behindert.

Das Deaktivieren dieser Verkehrslichtsignalanlage würde die Staufrequenzen im Verkehrsfluss in der Neustiftgasse zwischen Kellermannngasse und dem Volkstheater herabsetzen und die damit verbundenen Belästigungen für Anrainer reduzieren sowie die Busse der Linie 48A des öffentlichen Nahverkehrs wieder beschleunigen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** folgenden

Antrag

Errichtung von Baumbänke am Ceija Stojka Platz

Die zuständigen MA-Dienststellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die Errichtung von Baumbänke am Ceija Stojka Platz zu prüfen und umzusetzen.

Begründung

Der Ceija Stojka Platz stellt einen zentral gelegenen, jedoch bislang wenig ausgestalteten Freiraum im dicht verbauten urbanen Gebiet rund um die Lerchenfelder Straße dar. Gerade in einem Bezirk wie Neubau, der durch hohe Bebauungsdichte geprägt ist, sind konsumfreie Aufenthaltsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung.

Die Errichtung einer Baumbank würde:

- einen niederschwelligen **Verweilplatz** für Anrainerinnen und Anrainer schaffen,
- einen **ruhigen Rückzugsort** im öffentlichen Raum bieten,
- einen **schattigen Aufenthaltsbereich** insbesondere in den Sommermonaten ermöglichen,
- sowie einen bewusst **konsumfreien Platz** im Grätzl stärken.

Gerade ältere Menschen, Familien mit Kindern sowie Personen, die nicht zwingend ein Café oder Geschäft aufsuchen möchten, profitieren von Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum. Eine Baumbank verbindet dabei

Funktionalität mit Aufenthaltsqualität und fügt sich harmonisch in das bestehende Stadtbild ein.

Angesichts der aktuellen budgetären Situation der Stadtregierung und der damit verbundenen Zurückstellung größerer Umgestaltungsmaßnahmen entlang der Lerchenfelder Straße, erscheinen punktuelle, kostengünstige und dennoch wirksame Verschönerungsmaßnahmen als besonders sinnvoll. Mit vergleichsweise geringem finanziellem Aufwand kann eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung erreicht werden.

Solche Maßnahmen senden zudem ein wichtiges Signal: Auch in Zeiten notwendiger Sparmaßnahmen wird in die unmittelbare Lebensumgebung der Menschen investiert. Kleine, gezielte Interventionen im öffentlichen Raum können eine große Wirkung entfalten und tragen zur Identifikation mit dem Grätzl bei.

Die Errichtung einer Baumbank am Ceija Stojka Platz wäre daher eine verhältnismäßige, rasch umsetzbare und nachhaltige Maßnahme zur Aufwertung des öffentlichen Raums im 7. Bezirk.

Wir ersuchen die zuständige Magistratsabteilung um wohlwollende Prüfung und zeitnahe Umsetzung.

KLUB DER ÖVP BEZIRKS RÄTINNEN UND BEZIRKS RÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26. März 2026** folgenden

Antrag

„Europa-Zebrastreifen“ Kirchengasse Ecke Burggasse

Die zuständigen Stellen des Wiener Magistrats werden ersucht, den vorhandenen ampelgeregelten Schutzweg in der Kirchengasse Ecke Burggasse als „Europa-Zebrastreifen“ zu markieren. Dabei soll auch eine mögliche Zusammenarbeit mit der Volksschule Notre Dame de Sion geprüft werden.

Begründung

Neubau versteht sich seit vielen Jahren bewusst als europäisch geprägter Bezirk. Die Vielfalt seiner Bewohnerinnen und Bewohner, die starke kulturelle Szene sowie zahlreiche internationale Einrichtungen machen Neubau zu einem Ort, an dem europäische Werte wie Offenheit, Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis im Alltag gelebt werden. Gerade vor diesem Hintergrund bietet sich die Gestaltung eines „Europa-Zebrastreifens“ in der Kirchengasse Ecke Burggasse als sichtbares Zeichen dieser europäischen Identität an.

Insbesondere in Zeiten globaler Krisen, geopolitischer Spannungen und wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen gewinnt der europäische Gedanke an Bedeutung. Frieden, Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb Europas sind keine Selbstverständlichkeit, sondern ein historischer Erfolg, der immer wieder neu vermittelt, gestärkt und sichtbar gemacht werden muss. Gerade auf lokaler Ebene können Projekte dazu beitragen, den Wert der europäischen Zusammenarbeit im Alltag sichtbar zu machen und das Bewusstsein dafür zu stärken.

Ein derart gestalteter Schutzweg würde nicht nur zur Aufwertung des öffentlichen Raumes beitragen, sondern auch ein klares Bekenntnis des Bezirks zu Europa und seinen gemeinsamen Werten darstellen. Als frequentierter Kreuzungsbereich kann dieser Ort ein niederschwelliges, im Alltag wahrnehmbares Symbol für die europäische Idee sein.

Darüber hinaus eröffnet die vorgeschlagene Maßnahme eine besondere Chance im Bildungsbereich. Die mögliche Einbindung der Volksschule Notre Dame de Sion würde es ermöglichen, europäische Themen altersgerecht und praxisnah in den Schulalltag einzubinden. Schülerinnen und Schüler könnten sich im Rahmen von Projekten mit Europa, seinen Mitgliedstaaten, seinen Werten sowie mit Fragen der europäischen Zusammenarbeit auseinandersetzen. Ein „Europa-Zebrastreifen“ kann so

nicht nur ein gestalterisches Element im Straßenraum sein, sondern zugleich ein sichtbares Ergebnis eines pädagogischen Projekts und damit Teil eines gelebten Bildungsauftrags.

Unabhängig vom vorgeschlagenen Standort in der Kirchengasse wäre auch im Zuge der geplanten Umgestaltung der Burggasse – zur Schaffung eines sicheren und attraktiven Schulvorplatzes – zu prüfen, ob im Rahmen dieser Umbauarbeiten ebenfalls ein Europa-Zebrastreifen über die Burggasse realisiert werden könnte. Dadurch könnte der europäische Gedanke auch im unmittelbaren Umfeld der Schule sichtbar gemacht und mit der Neugestaltung des Straßenraums verbunden werden.

Als Europabezirk hat Neubau daher nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Verantwortung, europäische Werte sichtbar zu machen und zu stärken. Die Gestaltung eines „Europa-Zebrastreifens“ wäre ein kleines, aber symbolisch starkes Projekt, das sowohl den öffentlichen Raum aufwertet als auch einen Beitrag zur europäischen Bildungsarbeit im Bezirk leisten kann – gerade in Zeiten, in denen der Zusammenhalt in Europa besonders wichtig ist.

KLUB DER ÖVP BEZIRKSFRÄTINNEN UND BEZIRKSFRÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26. März 2026** folgenden

Antrag

Anbringung von Spieltischen mit fix montierten Spielbrettern im Josef-Strauß-Park

Die zuständigen Stellen des Wiener Magistrats werden ersucht zu prüfen, ob die Aufstellung von Spieltischen mit fix montierten unterschiedlichen Spielbrettern im Josef-Strauß-Park möglich ist bzw. werden gebeten, die dafür anfallenden Kosten zu beziffern.

Begründung

Der Josef-Strauß-Park ist eine wichtige Grün- und Aufenthaltsfläche im Bezirk und wird von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen als Ort der Erholung, Begegnung und Freizeitgestaltung genutzt. Neben klassischen Aufenthaltsmöglichkeiten können zusätzliche niederschwellige Freizeitangebote dazu beitragen, den Park noch stärker als sozialen Treffpunkt im Grätzl zu etablieren.

Die Aufstellung von Spieltischen mit fix montierten Spielbrettern – etwa für Schach, Mühle oder andere Brettspiele – stellt eine einfache und zugleich wirkungsvolle Möglichkeit dar, den öffentlichen Raum aufzuwerten und generationenübergreifende Begegnungen zu fördern. Solche Spieltische laden sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene und Seniorinnen und Senioren dazu ein, gemeinsam Zeit im Park zu verbringen und miteinander in Austausch zu treten.

Insbesondere ein Schachbrett bietet dabei einen besonderen Mehrwert. Das Schachspiel gilt seit langem als eine der bekanntesten Formen strategischer Denkspiele und fördert zahlreiche kognitive Fähigkeiten. Gerade für Kinder und Jugendliche kann Schach eine wertvolle Ergänzung zur schulischen Bildung darstellen und spielerisch zur geistigen Entwicklung beitragen. Gleichzeitig profitieren auch ältere Menschen von solchen Angeboten, da geistige Aktivität einen wichtigen Beitrag zur kognitiven Fitness leisten kann. Öffentliche Schach- oder Spieltische schaffen daher Orte, an denen Lernen, Spiel und soziale Interaktion miteinander verbunden werden.

In anderen Wiener Bezirken wurden derartige Angebote bereits erfolgreich umgesetzt. So befinden sich beispielsweise im Else-Feldmann-Park im 2. Bezirk bereits Spieltische mit fix montierten Spielbrettern.

**KLUB DER ÖVP
BEZIRKSRÄTINNEN UND
BEZIRKSRÄTE NEUBAU**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** folgenden

Resolutionsantrag

Prüfung der Errichtung eines Frauenmuseums für Wien – Standort Neubau berücksichtigen

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden gemeinsam mit der Kulturkommission ersucht zu prüfen, inwieweit in Wien ein Frauenmuseum – als erste derartige Institution der Stadt – eingerichtet werden kann und welche geeigneten Räumlichkeiten dafür in Frage kommen. Dabei soll insbesondere der 7. Wiener Gemeindebezirk Neubau als möglicher Standort berücksichtigt werden. Ein solches Museum soll als zentrale Institution der Dokumentation, Forschung und Vermittlung die Geschichte, Leistungen und Lebensrealitäten von Frauen sichtbar machen. Inhaltlich soll sich das Museum mit Frauen aus ganz Wien, aus Österreich sowie mit internationalen Perspektiven befassen und zugleich aktuelle Fragen der Gleichstellung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Geschlechtergerechtigkeit thematisieren.

Begründung

Frauen haben die Geschichte Wiens in Kultur, Wissenschaft, Politik, Bildung, Sozialwesen und im Widerstand maßgeblich geprägt. Dennoch sind ihre

Leistungen im öffentlichen Raum, in musealen Institutionen und im kollektiven Gedächtnis weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Ein Frauenmuseum könnte diese Lücke schließen, indem es Frauenleistungen sichtbar macht, Forschung bündelt und dauerhaft in der kulturellen Infrastruktur der Stadt verankert.

Darüber hinaus hätte ein Frauenmuseum eine wichtige **bildungspolitische Funktion**. Als Ort der Vermittlung und der historischen Aufarbeitung könnte es Bildungsangebote für Schulen, Universitäten und die interessierte Öffentlichkeit schaffen und damit zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Fragen von Gleichstellung, Demokratie und sozialer Teilhabe beitragen.

Auch **kulturpolitisch** würde ein Frauenmuseum eine wichtige Ergänzung der Wiener Museumslandschaft darstellen. Es könnte historische Leistungen ebenso sichtbar machen wie zeitgenössische künstlerische und gesellschaftliche Beiträge von Frauen und damit neue Perspektiven auf die Geschichte und Gegenwart der Stadt eröffnen.

Der Bezirk Neubau bietet sich als möglicher Standort besonders an. Der Bezirk steht traditionell für kulturelle Innovation, Bildung und gesellschaftspolitisches Engagement. Zugleich erinnern bereits mehrere Orte im öffentlichen Raum an bedeutende Frauen, etwa der Ruth-Klüger-Platz, der Ceija-Stojka-Platz sowie Parkanlagen wie der Vally-Wieselthier-Park, der Dorothea-Neff-Park oder der Marianne-Fritz-Park. Diese Formen der Würdigung sind wichtige Schritte zu mehr Sichtbarkeit, können jedoch eine institutionelle Auseinandersetzung mit Frauengeschichte nicht ersetzen.

Auch aktuelle Debatten über historische Erinnerung – etwa rund um die Einordnung des Sophienspitals – zeigen, wie wichtig eine fundierte und differenzierte Beschäftigung mit Frauengeschichte ist. Ein Frauenmuseum könnte einen wichtigen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung leisten.

Nicht zuletzt hätte ein solches Museum auch **standortpolitische Bedeutung**. Es würde Wien als internationale Kulturstadt weiter profilieren, neue Impulse für Bildung, Forschung und Tourismus setzen und ein sichtbares Zeichen für Gleichstellung und gesellschaftlichen Fortschritt darstellen.

Die Bezirksvertretung Neubau ersucht daher die zuständigen Stellen der Stadt Wien, die Realisierung eines Frauenmuseums für Wien zu prüfen und den Bezirk Neubau als möglichen Standort in diese Überlegungen einzubeziehen.